



Molekularer Wasserstoff (H₂) soll auch zur Energiewende beitragen. Tirol will sich hier im Anwendungsbereich strategisch positionieren.

Foto: iStock

Wasserstoffkorridor Brenner als Teil der Energiezukunft

Tirol soll gemeinsames Euregio-Pilotprojekt im Verkehrsbereich vorantreiben. Neue „Wasserstoff-Strategie 2030“ wird dabei einfließen.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Der 2028 in Betrieb gehende Brennerbasistunnel soll die Verlagerung des Schwerverkehrs von der Straße auf die Schiene garantieren. Parallel dazu ist es aber auch erklärtes Ziel, die Mobilität entlang des Brennerkorridors und dessen Seitentälern grüner zu gestalten. Aus

Hintergrund

Sicht der Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino wird auch ein Teil der Emissionsverringerung im Verkehrsbereich in der Wasserstofftechnologie liegen. Bereits Mitte November hat sich der EVTZ-Vorstand der Europaregion darauf geeinigt, dass die drei Länder hierfür bis Ende April 2020 ein Pilotprojekt unter dem Titel „Wasserstoffkorridor Brenner“ ausarbeiten und – im Falle einer (Förder-) Genehmigung durch die Europäische Kommission – auch umsetzen sollen. Hierfür ist ein Budget von 150.000 Euro bereitzustellen.

Die Landesregierung hat nun diese Woche ein diesbezügliches Abkommen beschlossen. Demzufolge soll

Tirol bei der Projektentwicklung dieses Wasserstoffkorridors und Ausarbeitung des diesbezüglichen Förderansuchens die Federführung übernehmen.

Abgestimmt soll dieses Euregio-Projekt mit der „Tiroler Wasserstoff-Strategie 2030“ werden. Selbige liegt seit Kurzem von Seiten der Lebensraum Tirol Holding GmbH vor. Die Studie zeigt nicht nur den Status quo zum Thema Wasserstoff im europäischen Raum, sondern auch jenen in Tirol und mögliche Potenziale in der Umsetzung auf.

Das Strategiepapier kommt zu dem Schluss, dass ein möglicher künftiger Wasserstoff-

einsatz in Tirol neben den Bereichen Erzeugung und Speicherung insbesondere im Bereich der Nutzfahrzeuge im regionalen wie überregionalen Personen- wie Güterverkehr eine Rolle spielen könnte.

Während der Einsatz von grünem Wasserstoff (erzeugt aus erneuerbaren Energiequellen) im Bereich von Gebäudeheizungen nur sehr eingeschränkt empfohlen wird und das Potenzial zur Direktanwendung in der Tiroler Industrie bis 2030 nur als eher gering eingestuft wird, ist im Verkehrsbereich das Gegenteil der Fall. Obwohl auch dort E-Konzepte den Vorrang genießen werden,

könnten wasserstoffbasierte Brennstoffzellenfahrzeuge zum Einsatz kommen, wenn mit E-Fahrzeugen nicht ausreichende Distanzen erzielt werden können, so die Studie. In Tirol könnten bis 2030 zur Abdeckung des Bedarfs fünf Wasserstofftankstellen (Kufstein, Jenbach, Innsbruck, Brenner und Landeck) entstehen.

Die Studienautoren sehen es grundsätzlich für sinnvoll an, Tirol für Wasserstoffanwendungen als „Leuchtturmregion“ zu positionieren. Hierfür sprächen u. a. das hohe Wasserkraftpotenzial zur Herstellung von grünem Wasserstoff sowie innovative Unternehmen (siehe Faktbox). Entsprechende Strukturen aufzubauen sei aber nur länderübergreifend sinnvoll. Und hier schließt sich der Kreis zur Europaregion.

Seit die neue türkis-grüne Bundesregierung das Motto ausgegeben hat, nicht erst 2050, sondern bereits im Jahr 2040 klimaneutral zu sein, ist auch in Tirol in Sachen Dekarbonisierung Justierbedarf gegeben. Das haben LH Günther Platter (VP) und LHStv. Ingrid Felipe (Grüne) erst unlängst bestätigt. Bis Ende des Jahres sollen die Tiroler Pläne evaluiert und adaptiert sein.

Wasserstoffprojekte in Tirol

Tankstelle: In Innsbruck wurde die erste öffentliche Wasserstofftankstelle Tirols im Mai 2015 in Betrieb genommen. Der dort vertriebene Wasserstoff wird aber noch aus fossilen Energieträgern gewonnen und per Lkw angeliefert. Die Tankstelle ist Teil des „Green Corridor“ (Wasserstoffautobahn von Kopenhagen bis Verona).

Zillertalbahnhof: Als erste Schmalspurbahn der Welt soll die Zillertalbahnhof mit Wasserstoff fahren. Der Regelbetrieb ist ab 2022/23

geplant. Eine Wasserstoffproduktion vor Ort soll aufgebaut werden. Das Projekt ist im Tal umstritten.

MPPreis: Mit Partnern will die Firma MPPreis in Völs eine Wasserstoffherstellungsanlage errichten. Damit soll zuerst der Bäckereibetrieb, dann auch der Fuhrpark umgerüstet werden.

Tiwag: Der Landesenergieversorger will in Kufstein ein Wasserstoffzentrum für 20 Mio. € errichten. Start soll im Jahr 2022 sein.

Land stoppt Kraftwerk Obere Isel

Das geplante Kraftwerk Obere Isel in Osttirol wurde 2015 vorerst ruhend gestellt. Jetzt hat das Land das Umweltverfahren (UVP) zurückgewiesen.

Von Peter Nindler

Aber nicht beendet.

Innsbruck, Virgen – Es ist ein Kraftwerksprojekt, das jahrelang zu heftigen Diskussionen in der Öffentlichkeit geführt hat. Nach einer positiven Volksbefragung wurde Ende 2012 die Umweltverträglichkeitserklärung für das Kraftwerksvorhaben Obere Isel im Virgental eingereicht. Die Gemeinden Virgen und Prägraten forcierten mit aller Vehemenz das 147-Millionen-Euro-Kraftwerk und haben sich mit jeweils 50.000 Euro an der dortigen Kraftwerksgesellschaft beteiligt.

Von Anfang an standen allerdings die Vorzeichen in mehrfacher Hinsicht nicht gut: Zum einen fiel die Bewertung nach dem vom Land Tirol erstellten Kriterienkatalog Wasserkraft negativ aus. Andererseits kollidierten die Kraftwerkspläne mit den Natura-2000-Schutzgebieten. Das Land Tirol hat bekanntlich die gesamte Isel als europäisches Schutzgebiet nach Brüssel gemeldet und ausgewiesen. Dem waren ebenfalls intensive Diskussionen und Auseinandersetzungen vorausgegangen.

Das Land empfahl den Projektbetreibern, das Kraftwerk nicht mehr weiterzuverfolgen, 2015 wurde das Verfahren deshalb ruhend gestellt.

Irgendwie schwang nach wie vor die Hoffnung mit, dass das Projekt doch noch umgesetzt werden könnte. Jetzt wurde allerdings ein endgültiger Schlussstrich gezogen, weil die Auflagen einfach nicht zu erfüllen sind. Das Land wollte das Verfahren abschließen, keine weiteren Fristverlängerungen gewähren, und beendete es aus formalen Gründen. Man hat den Antrag für die Umweltverträglichkeitsprüfung zurückgewiesen.

Das Kraftwerk Obere Isel scheiterte bereits an der Naturverträglichkeitsprüfung, wie es heißt. Es sei nicht mit den naturschutzrechtlichen Vorgaben bzw. Auflagen in Einklang zu bringen. Das aktuelle Vorhaben ist Geschichte, das bedeutet allerdings nicht, dass nicht vielleicht doch ein neues eingereicht wird. Aber mit einem kompletten Neustart.

Die Umweltorganisation WWF hat laut ihrem Naturschutzexperten Christoph Walder übrigens Beschwerde gegen den positiven Bescheid für das Kraftwerk am Isel-Zubringer Schwarzach eingebracht.



Im Internet:

Weitere Informationen finden Sie auf www.tt.com



Die Steinmandln an der Oberen Isel bekommen keine Konkurrenz, das Land hat die UVP für das geplante Kraftwerk zurückgewiesen. Foto: Brunner

Politik in Kürze

Lizum: Unter Kunasek angebahnt, aber nicht vereinbart



Professor Arno Kahl spricht von einem Kontrollverlust. Foto: Uni Innsbruck

Der Untersuchungsausschuss zur ausgelagerten Flüchtlingsgesellschaft Tiroler Soziale Dienste (TSD) steuert auf eine schwierige Situation zu. Die Grenzziehung über den Befragungsrahmen zum operativen Geschäft der TSD ist eine enge, trotzdem gibt es für die geladenen Auskunftspersonen Grauzonen. Das erläuterte gestern Arno Kahl, der Leiter des Instituts für Öffentliches Recht an der Universität Innsbruck. Zugleich meinte er, dass mit Ausgliederungen

aus der öffentlichen Verwaltung ein Kontrollverlust für U-Ausschüsse verbunden sei. Öffentliches Interesse nach hinter Gutachten verstecken, interpretiert NEOS-Klubchef Dominik Oberhofer das Gutachten als „Kann-Bestimmung“. Die Landesregierung könne alle notwendigen Akten vorlegen. „Sich über den Aktenbegriff zu streiten, teure Gutachten zu beauftragen und damit sinnlos Steuergeld für politisches Hickhack zu verschwenden, ist eindeutig der falsche Weg.“ Demons-

trativ stellt sich Oberhofer hinter Verfahrensleiter Günther Böhrer. Der Ausschuss wird jedenfalls am 19. Februar fortgesetzt.

Die mit dem deutschen Verteidigungsministerium abgeschlossene Absichtserklärung („Letter of Intent“), dass sich die Bundeswehr an notwendigen Investitionen für die Modernisierung des Truppenübungsplatzes Lizum/Walchen beteiligt, sorgt für Spekulationen. Die Verein-

barung wurde bereits unter Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek (FPÖ) angebahnt. Gegenüber der TT weist Kunasek aber darauf hin, dass in seiner Ministerära bis Ende Mai 2019 kein „Letter of Intent“ unterzeichnet worden sei. Jedenfalls gab es gestern Abend dazu ein Gespräch am Rande des Hahnenkammrennens in Kitzbühel zwischen Landes-

hauptmann Günther Platter und der neuen Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, ebenfalls ÖVP. (pn)